



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

22. Januar 2025
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Unbezahlte Krankentage, Arbeitslosengeld nur noch für 6 Monate: Sie bereiten die nächsten Angriffe auf uns vor!

Während die gripplalen Infekte gerade kaum jemanden verschonen, fordern die Bosse von Allianz und Mercedes, dass wir am ersten Krankentag keinen Lohn mehr bekommen sollen. Als würden wir zum Spaß krank werden! Ihre Forderung würde eine Lohnkürzung für alle Arbeitenden bedeuten.

Gleichzeitig fordern die Unternehmerverbände, künftig nach Möglichkeit nur noch „Teilzeit“ krankzuschreiben. Nach dem Motto: Mit Rückenschmerzen kann man doch 3 Stunden arbeiten kommen – oder mit einem gripplalen Infekt den halben Tag im Homeoffice arbeiten!?

Es ist die nächste dreiste Forderung, die die Kapitalisten mit ihrer üblichen Lüge rechtfertigen: Dass wir angeblich „nicht mehr arbeiten wollen“ und damit die Wirtschaft in den Ruin treiben würden. Welch eine Verdrehung der Tatsachen!

Wer hat denn über Jahrzehnte immer mehr Stellen abgebaut, um die Profite zu erhöhen? Wer hat dafür gesorgt, dass wir immer mehr arbeiten müssen, dass sich unsere Rücken, Schultern, Hände, Nerven kaum noch erholen und wir dadurch immer häufiger krank werden? Genau die Kapitalisten, die uns nun vorwerfen, wie wären zu viel krank.

Und wer baut gerade radikal Stellen ab, vernichtet wie bei VW 35.000 Arbeitsplätze, obwohl der Konzern 16 Milliarden Euro Gewinn gemacht hat? Wer verdammt auf diese Weise Hunderttausende zur Arbeitslosigkeit, nur um in der Krise weiter Milliardengewinne zu erhalten? Genau die Konzernbosse, die uns erklären, wir wären „zu faul“.

Wenn hier also jemand die Gesellschaft in den Ruin treibt, dann diese parasitäre kapitalistische Klasse und ihre Gier nach Profit!

Es ist kein Zufall, dass die Sprecher des Kapitals gerade jetzt vor der Bundestagswahl besonders laut ihre Forderungen äußern. Sie machen damit von vornherein klar, was sie von der neuen Regierung erwarten. Und wir können uns sicher sein: Egal wer die Wahl gewinnt, die nächste Regierung wird ihnen helfen, ihre arbeiterfeindlichen Angriffe umzusetzen.

SPD und Grüne versuchen zwar so zu tun, als wären sie „sozial“ eingestellt. Aber wir haben sie doch an der Regierung erlebt! Unter ihnen sind die Reichen noch reicher geworden und wir ärmer. Ihre Regierung hat den Konzern-Bossen über hundert Milliarden Euro geschenkt, während sie uns sogar kurz vor der Wahl noch mal die Steuern und die Krankenkassenbeiträge erhöht haben. Warum sollte das nach der Wahl auf einmal anders werden?

CDU, FDP und AfD stellen sich sogar offen hinter die Forderungen der Kapitalisten. Sie werben mit Slogans wie „Fleiß muss sich wieder lohnen“. Doch damit meinen sie nicht etwa, dass man für seine Arbeit einen Lohn bekommt, von dem man auch leben kann. Nein, sie wollen uns mit einer Serie von Gesetzen dazu bringen, sogar zu noch niedrigeren Löhnen zu arbeiten... und stattdessen noch mehr Überstunden zu machen und in der Rente weiter arbeiten zu gehen. Mehrere CDU-Politiker haben auch gleich der Forderung nach unbezahlten Krankentagen zugestimmt.

„Ausbeutung soll sich noch mehr lohnen – für die Kapitalisten“ wäre ein passenderer Wahlslogan dafür.

Am radikalsten ist die AfD: Wer seine Arbeit verliert, soll nach ihrem Willen vielfach nicht mehr 12 Monate Arbeitslosengeld I erhalten, sondern nur noch 6 Monate – und anschließend nur noch Bürgergeld. Und auch das soll einem sofort gestrichen werden, sobald man nur einen Job ablehnt.

Ein Traum für die Kapitalisten! Gerade werden bei thyssenkrupp, Bosch, Miele und so vielen anderen Betrieben Hunderttausende auf die Straße gesetzt. Mit diesen Gesetzen könnten die Kapitalisten all die Entlassenen zwingen, schon nach sechs Monaten jede noch so schlecht bezahlte Arbeit zu noch so schlechten Bedingungen anzunehmen... was am Ende auf unser aller Arbeitsbedingungen drückt.

Gleichzeitig wollen CDU, AfD und FDP die Erbschaftssteuer und den Soli für die 1% Reichsten abschaffen und die Steuern auf Profite radikal senken. Die Großaktionäre und Großerben mussten

für den Reichtum auf ihren Konten keinen Handschlag tun. Sie leben von dem Reichtum, den wir Arbeitenden schaffen. Und genau diese Reichen – die als einzige wirklich faul und parasitär leben – wollen sie mit Steuersenkungen belohnen und uns dafür noch ärmer machen.

Eins ist also sicher: Wenn wir Arbeitenden verhindern wollen, dass es für uns noch schlimmer wird, dürfen wir nicht auf die nächste Regierung hoffen. Wir werden andere Mittel als den Wahlzettel nutzen müssen.

Das war in der Vergangenheit nicht anders. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist das beste Beispiel.

Dass wir sechs Wochen weiter Lohn bekommen, wenn wir krank sind, das haben wir auch nicht durch „das richtige Kreuz“ am Wahltag bekommen. 1956 haben 34.000 Werftarbeiter in einem vier Monate dauernden unbefristeten Streik erkämpft, dass sie und bald darauf alle Arbeitenden in Deutschland zumindest 90% ihres Lohns im Krankheitsfall erhalten. In der Zeit der wilden Streiks ab 1969 wurde es dann auf 100% erhöht.

Und als die Regierung Kohl 1996 versuchte, die Lohnfortzahlung von 100 auf 80% des Nettolohns zu senken, waren es ebenfalls Streiks und Großdemonstrationen von Hunderttausenden Arbeitenden, die diesen Plänen einen Strich durch die Rechnung machten.

Unsere Zukunft wird ebenfalls nicht davon abhängen, wer die neue Regierung bilden wird – sondern davon, ob und wie wir Arbeitenden wieder anfangen zu kämpfen.

Auch 1956 und 1996 haben die Kapitalisten gejammert, mit der Lohnfortzahlung wären sie international nicht mehr konkurrenzfähig und würden Pleite gehen. Auch damals haben sie die Arbeitenden als Faulpelze beschimpft. Doch zum Glück haben diese sich davon nicht in die Irre führen lassen. Sie erkannten, dass die Kapitalisten mit dieser Propaganda einzig ihre Profitinteressen verteidigen – und haben stattdessen mit Streiks ihre Arbeiterinteressen verteidigt. Uns bewusst zu werden, dass dies auch heute unser einziger Weg ist, ist bereits ein erster, wichtiger Schritt.

Trump, Musk: Das wahre Gesicht des Kapitalismus

Trumps triumphale Rückkehr ins Weiße Haus war großes Kino. Schließlich muss er seinem Image gerecht werden: Ein starker, reicher, mächtiger und frecher Mann wie er kann nur mit einem Rundumschlag sein Amt beginnen.

Hundert Anordnungen hat er gleich unterschrieben: eine Amnestie für seine Anhänger, die im Januar 2021 das Kapitol gestürmt haben, eine Operation der Armee zur Massenabschiebung von Migrant*innen, eine Änderung des Staatsbürgerschaftsrecht, die Abschaffung von Sanktionen gegen rechtsradikale israelische Siedler im Westjordanland, die Abschaffung von Gesetzen zum Umweltschutz und zur Begrenzung von Öl- und Gasförderung...

Trump regiert offen für die Mega-Reichen, für das Großkapital

Allein die Zahl der Milliardäre bei seiner Amtseinführung war rekordverdächtig – ebenso die Zahl der milliardenschweren Kapitalisten in seinem Kabinett. Und im vollen Bewusstsein der Macht ihrer Milliarden verkündet Trump in ihrem Namen offen und dreist, was sie haben wollen.

Er erklärt, dass die USA ein Recht auf den Panamakanal hätten und fordert dessen „Rückgabe“. Grönland will er einfach annektieren und ist bereit, dafür zu zahlen. Mit der Vermessenheit eines Milliardärs glaubt Trump, dass man alles kaufen und verkaufen kann. Und ansonsten hat man ja noch die Armee des mächtigsten kapitalistischen Staates, um sich andere Staaten untertan zu machen, die wegen ihrer Rohstoffe oder anderer strategischer Gründe besonders interessant sind.

Die Verteidiger der gegenwärtigen Ordnung warnen uns morgens, mittags und abends hysterisch vor Russland oder China, denen imperialistische Absichten vorgeworfen werden und die weder die Demokratie noch die Unverletzlichkeit der Grenzen achten. Hier aber werden nun hemmungslos imperialistische Expansionsabsichten geäußert, und zwar vom Anführer der sogenannten „freien Welt“, dem Chef der NATO, der auch Deutschland angehört!

Sein Kompagnon Elon Musk, der reichste Mann der Welt, der Tesla, SpaceX und das soziale Netzwerk X leitet, hat noch einen draufgesetzt, indem er mehrere europäische Staatsoberhäupter

aufs Übelste beleidigt und gegen sie rechtsextreme Parteien unterstützt.

Ja, mit diesem Milliardärs-Duo ist es vorbei mit den großen Reden über Nichteinmischung und Völkerrecht. Es gibt nur ein Prinzip, das gilt: das Recht des Stärkeren, das Recht der Reichsten und Mächtigsten – im eigenen Land und in den internationalen Beziehungen.

Doch ist all dies wirklich so neu?

Der Kapitalismus war schon immer die Herrschaft der Milliardäre. Auch der letzte US-Präsident Biden hat im Interesse der reichen US-Kapitalisten regiert und sie mit Geschenken überhäuft. Unter seiner Herrschaft sind die Milliardäre so zahlreich und so reich geworden wie noch nie – während die einfache Bevölkerung spürbar ärmer geworden ist. Nur hat Biden dabei gleichzeitig heuchlerische Reden über soziale Gerechtigkeit gehalten.

Den Handelskrieg hat Biden ebenso gnadenlos geführt, mit immer neuen Zöllen und anderen protektionistischen Maßnahmen gegen China ebenso wie gegen Europa. Nur hat Biden sich dessen nicht gerühmt wie Trump es tut, sondern all dies hinter diplomatischen Floskeln von „Verhandlungen auf Augenhöhe“ versteckt.

Und was den Anspruch der Weltmacht Nr. 1 angeht, mithilfe ihrer wirtschaftlichen Macht und ihrer Armee überall auf der Welt ihre Interessen durchzusetzen – so tut sie dies schon sehr viele Jahrzehnte, lange vor Trump.

Auch Biden hat (zum Beispiel bei den Wirtschaftssanktionen gegen Russland) der halben Welt den Willen des US-Imperialismus aufgezwungen. Auch er hat Diktaturen mit Geld und Waffen ausgerüstet und offen Kriege unterstützt, angefangen mit der bedingungslosen Unterstützung Israels während ihres Massakers an den Palästinensern und ihres Krieges im Libanon. Nur hat Biden die aggressiven Maßnahmen zum Schutz der US-Interessen gerechtfertigt mit der angeblichen Verteidigung von Freiheit und Demokratie in der Welt.

Das Neue an Trump ist, dass er nicht einmal mehr so tut, als ginge es ihm um Demokratie, Freiheit, Menschenrechte. Er gibt sich nicht einmal mehr den Anschein, als wollte er der Ausbeutung der Menschen und des Planeten Grenzen

setzen, so wie ein Biden dies getan hat oder die Politiker in Deutschland dies weiterhin zu tun versuchen.

Trump und seine Kapitalisten-Gang haben jede Maske fallen lassen. Sie verherrlichen offen das kapitalistische System, das sie zu Milliardären gemacht hat. Sie preisen ihr System, das auf der weltweiten Ausbeutung von Mensch und Natur beruht. Sie sind nicht verrückt, sondern selbstbewusst: In dem Wissen um die Macht ihrer Milliarden bestehen sie ungeniert auf dem Recht ihrer Konzerne, ihre Profite zu erhöhen – ohne Rücksicht auf Verluste, ohne Gnade für die Menschheit und den Planeten.

Mit Trump und seiner Kapitalisten-Gang ist Schluss mit den angeblichen Gesetzen zur Zähmung des Kapitalismus, zur Begrenzung der Ausbeutung von Menschen und Umwelt, an die sich die Kapitalisten sowieso nie halten. Es lebe das Gesetz des Dschungels, die Jagd auf Migranten ohne Aufenthaltsgenehmigung, um die Arbeitenden untereinander zu spalten, die Angriffe auf die Rechte von Frauen und Minderheiten, die Lügen und die Manipulation der Mächtigsten über die sozialen Netzwerke!

Trump und Musk sind eine Mahnung an uns alle. Denn sie führen deutlich vor Augen, dass es einen fortschrittlichen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz nicht gibt. An der Basis dieser Gesellschaftsordnung gibt es nur das Gesetz der Reichen – das Gesetz des Dschungels, in dem die mächtigsten Raubtiere überleben.

Trump und seine Gang sind ein weiterer Beweis dafür, dass die Kapitalisten nicht an der Macht bleiben dürfen – in keinem Land

Doch selbst diese Könige des kapitalistischen Dschungels sind Nichts ohne ihre Arbeiterinnen und Arbeiter. Ihr ganzer Reichtum, ihre ganze Macht beruht auf den Millionen Arbeitenden in jedem Land, die ihre Betriebe und die gesamte Infrastruktur am Laufen halten – und deren Arbeit den Profit dieser Kapitalisten hervorbringt. Das verschafft uns eine enorme potenzielle Macht. Es hängt nur von uns ab, ob wir uns organisieren und uns auflehnen, um aus diesem Dschungel auszubrechen und eine wahrhaft menschliche Gesellschaft zu gründen, auf der Basis einer Wirtschaft, die dem Menschen dient und nicht umgekehrt.

Deutsche Bahn: eine tödliche Gefahr...

Seit einigen Jahren gibt es eine deutlich höhere Zahl an tödlichen Arbeitsunfällen an den Bahngleisen. Allein im letzten Jahr sind 12 Arbeiter*innen bei Baumaßnahmen, Reparaturen oder Grünschnitt an den Gleisen gestorben.

Die Mehrzahl der Opfer wurde von Zügen oder anderen Fahrzeugen erfasst. Teilweise, weil wegen des chronischen Chaos und Personalmangels schlicht vergessen wird, für die Baustellen die Strecken zu sperren oder die Züge zu verlangsamen. Schlimmer noch: Wegen der extrem vielen Verspätungen stehen auch die leitenden Vorgesetzten so unter Druck, dass manche die Züge trotz Gleisarbeiten absichtlich weiter (schnell) fahren lassen.

Viele Arbeiten wurden außerdem an Subfirmen ausgelagert, die aus Kostengründen mit viel zu wenig Personal arbeiten und unter Zeitdruck stehen. Obwohl es verboten ist, machen diese daher immer wieder Gleisarbeiten, ohne die lebenswichtigen Sicherheitsposten zu besetzen, die die mit Kopfhörern Arbeitenden rechtzeitig vor herannahenden Zügen warnen.



Schon 2001 hat der englische Regisseur Ken Loach einen sehenswerten Film über dieses Thema gedreht: The Navigators. Er zeigt eindrücklich, wie Privatisierungen und Einsparungen nicht nur zu all den ärgerlichen Verspätungen der Bahn, sondern zum Tod von Arbeiter*innen führen.

* * * * *

... die totgeschwiegen wird

All dies ist nur ans Licht gekommen, weil die Verwandten mehrerer Opfer an die Presse gegangen sind – empört und verzweifelt darüber, dass weder die Deutsche Bahn noch die zuständigen Behörden und Ministerien die Todesfälle untersuchen wollen. Die Eltern eines 19jährigen Azubi erzählen, dass die Bahn ihnen noch nicht einmal Auskunft über die Todesursache gibt und sich damit freikaufen will, dass sie die Beerdigung bezahlt.

Die Bahn hat versucht, die zahlreichen Unfälle zu verschleiern: durch das absolute Stillschweigen über ihre Ursachen... und durch geschönte Statistiken. Laut den Statistiken der Bahn wären nämlich letztes Jahr „nur“ 4 Arbeiter gestorben. Doch das liegt schlicht daran, dass sie die Toten der Subfirmen nicht mitzählt. Diese Arbeiter*innen, an die sie die gefährlichsten Arbeiten ausgelagert hat, zählen für sie nicht.

Höhere Preise, gleichbleibende Löhne: So bereichern sich McDonalds & Co.

Anfang Januar haben Beschäftigte von McDonald's, Burger King und anderen Fastfood-Ketten gestreikt.

Derzeit bekommen sie für gerade einmal 13,02 Euro – zwanzig Cent über Mindestlohn. Angesichts der extrem gestiegenen Preise der letzten Jahre fordern sie nun 15 Euro Stundenlohn. Doch die großen, megareichen Fastfood-Ketten sind so frech; ihnen gerade einmal 10 Cent mehr Lohn „anzubieten“.

Die Preise der Burger und Pommes haben sie in den letzten Jahren deutlich mehr erhöht.

Sag mir, wer deine Freunde sind – und ich sage dir, wer du bist

In den Tesla-Fabriken regiert Elon Musk nach seinen Vorstellungen: Löhne deutlich unter Tarif, nicht mal Kurzpausen am Fließband, um auf Toilette zu gehen, extrem viel Stress und Arbeitsunfälle, Vorgesetzte, die kranke Arbeiter*innen ausspionieren...

Und mit allen Mitteln versucht Musk zu verhindern, dass sich „seine“ Arbeitenden organisieren und gegen diese Bedingungen wehren.

Am liebsten würde er Gewerkschaften verbieten lassen. Für ihn sind Kapitalisten Götter, die tun und lassen dürfen, was sie wollen: vor allem uns Arbeitende ohne jede Einschränkung ausbeuten.



Es ist kein Zufall, dass der megareiche Kapitalist mit diesen Ansichten aufruft, die AfD zu wählen.

Kalifornien: Die Gewinne sind nicht verbrannt

Über 12.000 Häuser sind in den Flammen Kaliforniens bereits niedergebrannt. Die meisten gehörten einfachen Leuten, die innerhalb von 2 Minuten alles verloren haben. Und das Schlimmste: Wenige Wochen vorher – als die Wahrscheinlichkeit massiver Brände immer größer wurde – haben die meisten Versicherungen die Verträge der Hausbesitzer im Risikogebiet gekündigt!

Nachdem sie mit deren jahrzehntelangen Beiträgen ein Vermögen gemacht haben, haben die Versicherungen ihre Gewinne gerettet – und die Brandopfer wortwörtlich auf der Straße sitzen lassen, wo jetzt skrupellose Vermieter und Hotelbesitzer sie auszunehmen versuchen.

Ganz anders haben es viele Menschen aus der einfache Bevölkerung gemacht, die in kürzester Zeit riesige Mengen an Spenden für Hilfsgüter gesammelt haben: für Lebensmittel, Kleidung, für Unterkünfte... Sie sind die einzigen, auf die sich die Opfer der Katastrophe verlassen können.



Kontrolle der Konten von VW und Co.

Erst an Weihnachten haben die VW-Bosse verkündet, dass 35.000 Arbeitende den Konzern verlassen müssen, angeblich weil die Auftrags- und Finanzlage von VW fürchterlich schlecht wäre.

Und nun – kaum einen Monat später – erfahren die Arbeiter in Wolfsburg, dass ein Teil der Produktion fast den ganzen Februar und März hindurch verpflichtende Überstunden in Form von Zusatzschichten am Samstag und Sonntag machen soll, weil... mehr Autos produziert werden müssten! Während gleichzeitig Kollegen gedrängt werden, eine Abfindung anzunehmen und zu gehen.

Ein Viertel der Arbeitsplätze vernichten – und die übrigen für weniger Geld noch mehr und vor allem noch flexibler ausbeuten: Da weiß man, wie die VW-Konzernbosse es schaffen, in der Krise 16 Milliarden Euro Gewinn zu machen.

Die Arbeitenden müssen entscheiden

Viele VW-Arbeiter haben dem Rumgeheule ihrer Konzernbosse von Anfang an nicht geglaubt. Mit Warnstreiks, die so massiv waren wie noch nie, haben sie deutlich gemacht, dass sie sich nicht erpressen lassen wollen.

Mit Transparenten und Sprechchören machten ganze Abteilungen deutlich, dass sie bereit wären, unbefristet zu streiken. Doch am Tag, bevor die Werke über Weihnachten geschlossen wurden, hatten Betriebsrat- und Gewerkschaftsführung dem krasen Angriff der VW-Bosse zugestimmt, ohne sie zu fragen.

Eigentlich sollten alle Arbeitenden, die sich wehren wollen, gemeinsam darüber diskutieren und entscheiden, ob und wie sie streiken wollen und was sie fordern. Und was gerade bei VW passiert, ist ein weiterer Beweis dafür, dass die Arbeitenden dies notfalls selber in die Hand nehmen müssen.

Ein Wettlauf, den wir teuer bezahlen

Seit Trump gefordert hat, die europäischen Staaten sollten noch mehr Geld für Rüstung ausgeben, überbieten sich die Kanzlerkandidat*innen.

SPD-Kandidat Scholz will dauerhaft 90 Milliarden Euro pro Jahr für Militär und Rüstung ausgeben, CDU-Kandidat Merz 133 Milliarden, Grünen-Kandidat Habeck 156 Milliarden... und AfD-Kandidatin Weidel findet, dass sogar bis zu 222 Milliarden Euro möglich wären. Das wäre fast die Hälfte des gesamten Bundeshaushaltes!

Ein Rüstungswettlauf, der als erstes zu weiteren Kürzungen bei Rente, Kitas, Krankenhäusern führen wird – und morgen vielleicht zu Krieg.

Deutschland ist reich... an Milliarden!

In Deutschland gibt es so viele Milliardäre wie in fast keinem anderen Land, außer den USA, China und Indien. Diese Milliardäre sind alle Besitzer großer Firmen oder deren Aktien, wie BMW, Hexal, Kühne&Nagel, Henkel, VW. Und ihr Reichtum wächst so schnell und stark wie noch nie!

Dieselben Konzernbosse jammern uns non stop die Ohren voll, dass ihre Firmen so stark belastet wären und dass sie gar nicht rentabel produzieren könnten. Doch wundersamerweise haben eben diese Firmen (besser gesagt deren Arbeiter) die Konzernbosse gerade so reich gemacht wie noch nie.

In Deutschland bleiben diese Milliardäre meist im Hintergrund: Sie stellen nicht selber den Kanzler und die Hälfte der Minister, wie es bei Trump in den USA derzeit der Fall ist. Doch eindeutig werden sie von den herrschenden Parteien in Deutschland ebenfalls bestens bedient... und gedeihen prächtig.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 14 € pro Jahr!